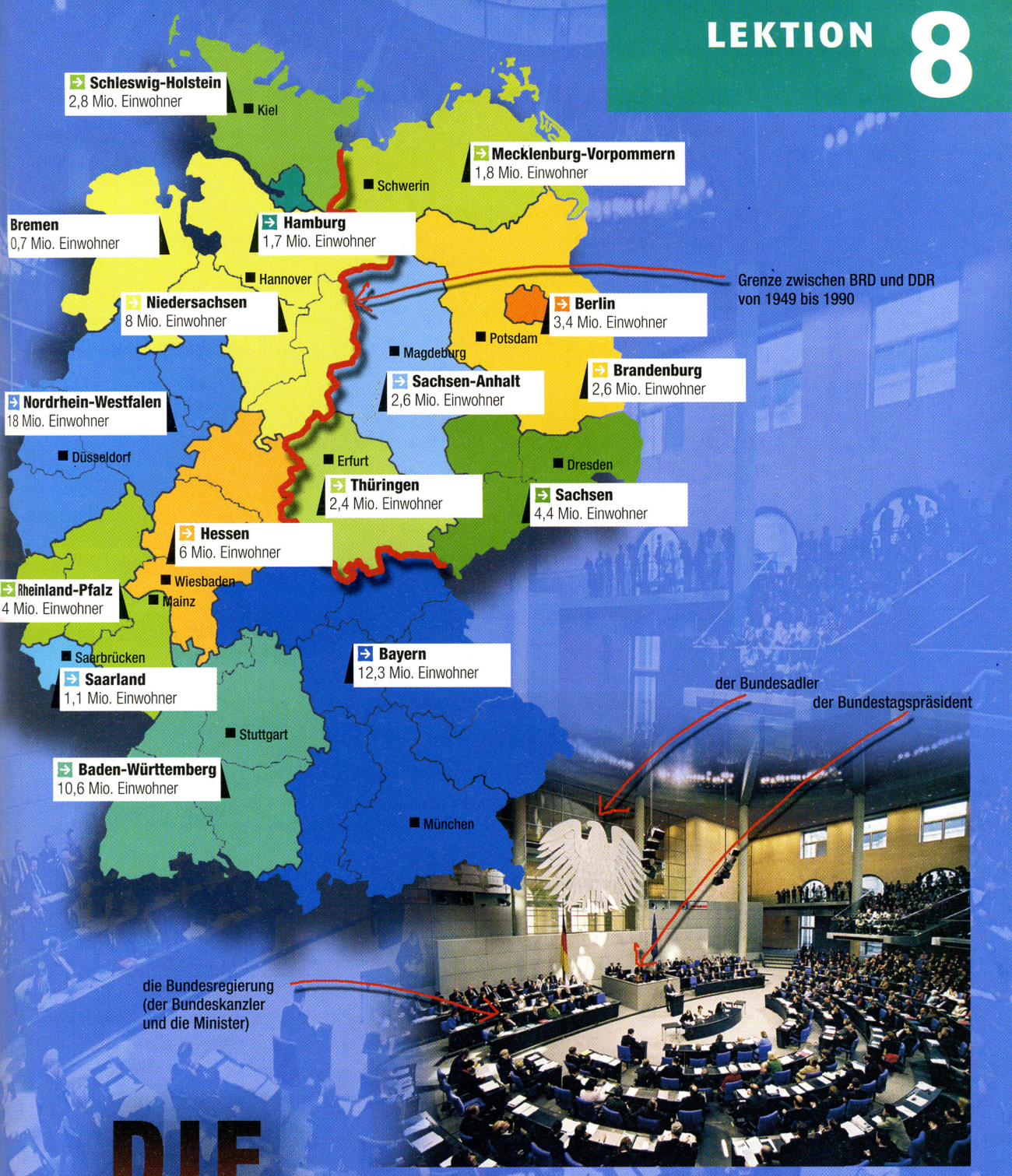
LEKTION 8



DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Schlagzeilen + + + Schlagzeilen + + + Schlagzeilen + + + Schlagzeilen + + + Schlagzeilen + + +

NRZ Neue Rhein Zeitung

Bald Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer?

Fußballstar wegen Verletzung drei Wochen ins Krankenhaus

Polnische Zollbeamte streiken für mehr Lohn

Preiskrieg in der Zigarettenindustrie

Kein Geld für das neue Stadion: Fußballverein enttäuscht

Verkehrsunfall in der Berliner Straße

Durch den Steuerskandal: Regierungskrise in Argentinien

WZ Westdeutsche Zeitung

Ärger an der Grenze: 300 Lastwagen müssen warten

Ausländer bald auch im Parlament?

Straßenbahn fuhr gegen einen Bus: Außer dem Fahrer niemand verletzt

Leere Kassen im Rathaus: Kein neuer Sportplatz

Raucher können jetzt sparen

Wegen seiner Knieoperation: Ohne Luziao gegen den HSV

Bald neue Regierung in Buenos Aires?

1. Welche Schlagzeilen bringen die gleiche Nachricht?

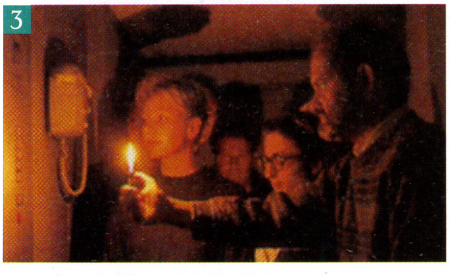
Neue Rhein Zeitung	Westdeutsche Zeitung
Preiskrieg in der Zigarettenindustrie	…
Kein Geld …	…

2. Welche Nachrichten gehören zu welcher Rubrik?

Sie lesen heute:

Ausland	Seite	3
Wirtschaft	Seiten	9 / 10
Lokalteil	Seite	7
Innenpolitik	Seite	5
Sport	Seite	14

3. Sehen Sie die Bilder an. Was ist da wohl passiert?



4. Ergänzen Sie „durch", „für", „ohne", „gegen", „außer", „mit" oder „wegen". Zu welchem Bild passen die Sätze?

› § 15

Bild

- ☐ Hochhaus fünf Stunden _____ Strom. Viele mussten im Aufzug warten.
- ☐ Junge fand Briefumschlag _____ 5000 Euro.
- ☐ Pakete und Päckchen für Weihnachten bleiben _____ des Poststreiks liegen.
- ☐ _____ einem Lebensmittel-Laden und einer Bäckerei gibt es keine Geschäfte. Der neue Stadtteil „Gernhof" ist immer noch _____ Einkaufszentrum.
- ☐ 2000 ausländische Arbeitnehmer demonstrieren _____ das neue Ausländergesetz. Sie wollen in der Bundesrepublik bleiben.
- ☐ Fabrik _____ Feuer zerstört. 500 Angestellte jetzt _____ Arbeit.
- ☐ _____ die Verkehrsprobleme im Stadtzentrum gibt es immer noch keine Lösung.

5. Hören Sie die Interviews.

2/18-21

Ein Reporter hat vier Personen interviewt, die von den Ereignissen auf den Bildern erzählen. Welches Bild passt zu welchem Interview?

Interview	1	2	3	4
Bild Nr.	☐	☐	☐	☐

Präpositionen
außer + Dativ
wegen + Genitiv oder Dativ

6. Welche Nachrichten haben Sie heute/gestern gehört oder gelesen?

Machen Sie mit Ihrem Nachbarn aktuelle Schlagzeilen zu Politik, Wirtschaft, Sport, Lokalnachrichten, Klatsch …

Polizei fuhr Braut mit Blaulicht zur Hochzeit

Öl-Katastrophe:
Tanker vor spanischem Vogelparadies gestrandet

Mordanschlag in Kabul:
Afghanistans Vizepräsident getötet

Am Grab:
Rote Rosen für Hildegard Knef

Mehrere Kandidaten für tschechische Präsidentschaft:
Pitharts Wahlchancen gesunken

Mafia-Boss in Palermo verhaftet

Gefangen im Aufzug – die lange Nacht von Sandra und Gerd

Sechs Jahre Freiheitsstrafe:
Auf Probefahrten in Bayern Luxusautos geraubt

Nach 20 Jahren in Deutschland:
Kurdin erkämpft Aufenthalt – Rechtsstreit um Ausweisung gewonnen

› § 16

Wo ist der Friede in Gefahr?
Wo ist Krieg/Bürgerkrieg?
Wo gibt es eine Regierungskrise?
Wo gibt es eine Wahl?
Wo gibt es eine Konferenz?
Welcher Politiker besucht welches Land?
Wer hat einen Vertrag unterschrieben?
Wer ist zurückgetreten?
Wofür fehlt Geld?
Wer streikt? Wo? Warum?

Wo hat es eine Demonstration gegeben?
Wo gibt es Umweltprobleme?
Wo hat es ein Unglück / eine Katastrophe gegeben?
Wo ist ein Verbrechen geschehen?
Wo gibt es einen Skandal?
Wo ist etwas Komisches passiert?
Wer ist gestorben?
Wer hat geheiratet / ein Baby bekommen?
Wer hat eine Meisterschaft gewonnen?

AUS DER PRESSE

Abgeordnete bekommen 1,9 % mehr Geld 1

Berlin (AP) Die 603 Abgeordneten des deutschen Bundestages bekommen ab 1. Januar 1,9 % mehr Gehalt. Das wurde gestern im Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen. Nur wenige Abgeordnete kritisierten den Beschluss.

Wahlrecht für Ausländer hat kaum Chancen 2

Berlin (dpa) Eine große Gruppe von Abgeordneten fast aller Parteien fordert ein neues Wahlrecht, damit auch Ausländer, die länger als 10 Jahre in Deutschland leben, wählen dürfen. Der Vorschlag, für den eine Änderung der Verfassung notwendig ist, wird diese Woche im Bundestag diskutiert.

Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 3

Magdeburg (eig. Ber.) Die Christlichen Demokraten (CDU) haben am Sonntag die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gewonnen. Sie wurden mit 37,3 % der Stimmen stärkste Partei. Die Sozialdemokraten (SPD), die Partei des alten Ministerpräsidenten, bekam nur noch 20,0 %, die Freien Demokraten (FDP) 13,3 % und die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) 20,4 %.

Bundespräsident zu Staatsbesuch in Spanien 4

Madrid (dpa) Der Bundespräsident ist seit Dienstag zu einem viertägigen Staatsbesuch Spaniens in Madrid. Er wurde im Königlichen Schloss zusammen mit seiner Frau von König Juan Carlos und Königin Sofía begrüßt.

Wirtschaftsminister droht mit Rücktritt 5

Köln In einer Fernsehdiskussion hat der Bundeswirtschaftsminister mit seinem Rücktritt gedroht, wenn das Kabinett nicht bis zum 10. Juli beschließt, in den nächsten beiden Jahren die Subventionen um 15 Milliarden Euro zu kürzen.

Bundesrat kritisiert Reform des Mehrwertsteuergesetzes 6

Berlin Der Bundesrat hat das neue Mehrwertsteuergesetz kritisiert. Die meisten Bundesländer sind mit dem Gesetz nicht einverstanden, weil sie nach ihrer Meinung zu wenig Geld aus der Mehrwertsteuer bekommen.

a

Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin erklärte im Bundesrat: „Die Geldprobleme der Länder dürfen nicht noch größer werden!“ Jetzt muss der Bundestag einen neuen Vorschlag machen.

b

Die alte Koalition aus SPD und PDS hat damit ihre Mehrheit im Landtag verloren. Der neue Ministerpräsident kommt wahrscheinlich von der CDU, die eine Koalition mit der FDP bilden möchte.

c

Bis jetzt sind die meisten Abgeordneten der Opposition gegen eine Änderung des Wahlgesetzes. Ohne ihre Stimmen aber gibt es keine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Verfassungsänderung. Deshalb müssen die Ausländer auch bei der nächsten Bundestagswahl zu Hause bleiben. Allerdings haben Bürger aus EU-Staaten in einigen Bundesländern schon heute das Wahlrecht für die Kommunalparlamente.

d

„Nur wenn wir selbst sparen, können wir auch von den Bürgern höhere Steuern verlangen“, meinte eine Abgeordnete. Außerdem schlug sie vor, die Zahl der Abgeordneten bei der nächsten Bundestagswahl noch einmal zu verkleinern, und erinnerte an einen Satz des Finanzministers: „Auch 603 Abgeordnete sind immer noch zu viel.“

e

Der Bundespräsident wird vom Bundesaußenminister begleitet, der mit seinem spanischen Kollegen ein längeres Gespräch über europäische und internationale Fragen führte.

f

„Wenn das Ziel nicht erreicht wird, dann hat die Bundesregierung einen neuen Wirtschaftsminister“, sagte er. Der Minister hofft, dass das Kabinett seinem Vorschlag folgt. Die Alternative wären höhere Steuern oder neue Schulden. Der Bundeskanzler kommentierte die Sätze seines Wirtschaftsministers mit den folgenden Worten: „Einen Rücktrittswunsch kann ich auch annehmen.“

7. Setzen Sie die Teile der Zeitungstexte richtig zusammen.

1 2 3 4 5 6

8. Welche Informationen über das politische System in Deutschland bekommen Sie aus den Texten? Was wissen Sie außerdem über die Politik in Deutschland?

Parteien, Wahlen, Bundeskanzler, Minister ...

Das politische Wahlsystem in der Bundesrepublik Deutschland

9. Beschreiben Sie die Darstellung. Ergänzen Sie die Sätze.

In der Bundesrepublik Deutschland können alle Frauen und Männer, die über 18 Jahre alt sind, …
Das nationale Parlament heißt …
Es wird alle …
Der Regierungschef ist der …
Er wird nicht direkt vom Volk gewählt, sondern von den Abgeordneten des …
Der Bundeskanzler bestimmt die Politik und schlägt die … vor.

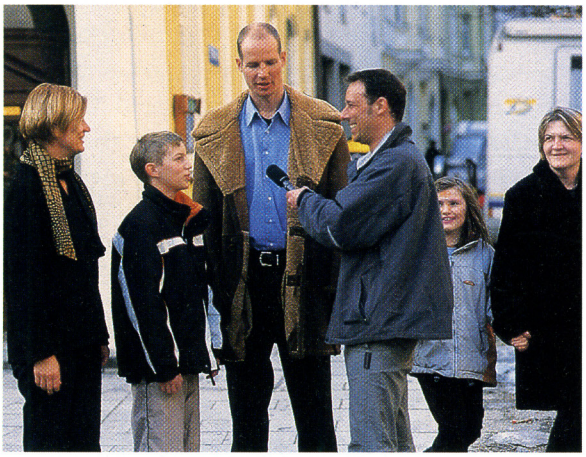
Alle 4 oder 5 Jahre wählen die Bürger eines Bundeslandes ihr Landesparlament, den …
Regierungschef eines Landes ist der …
Auch er wird nicht vom Volk gewählt, sondern …
Er ernennt die …
Der Bundesrat ist die …
Die Mitglieder des Bundesrates kommen aus den 16 …

Der Bundespräsident wird von Mitgliedern der Landtage und des … gewählt.
Der Bundespräsident ist der Staatschef, aber er hat nur …

10. Bundestagswahl. Hören Sie die Interviews.

2/22

Wie sind die Antworten der Personen? (r = richtig, f = falsch, ? = er/sie weiß es nicht)



	Mann	Frau	Jugendlicher
Der Bundestag hat 603 Abgeordnete			
Der Bundeskanzler ist Regierungschef.			
Der Bundeskanzler wird vom Bundestag gewählt.			
Der Bundesrat ist die zweite Parlamentskammer			

Politik-Quiz

1. Wann wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet?

a ☐ 1933
b ☐ 1949
c ☐ 1990

2. Nach dem 2. Weltkrieg gab es

a ☐ zwei deutsche Staaten.
b ☐ einen deutschen Staat.
c ☐ drei deutsche Staaten.

3. Heute gibt es

a ☐ einen deutschen Staat mit der Hauptstadt Berlin.
b ☐ einen deutschen Staat mit der Hauptstadt Bonn.
c ☐ zwei deutsche Staaten mit den Hauptstädten Berlin und Bonn.

4. Die Bundesrepublik ist

a ☐ eine sozialistische Republik.
b ☐ eine parlamentarische Demokratie.
c ☐ eine parlamentarische Monarchie.

5. Die beiden größten Parteien in der Bundesrepublik sind

a ☐ CDU und FDP.
b ☐ SPD und CSU.
c ☐ CDU und SPD.

6. Die Politik der CDU nennt man

a ☐ nationalistisch.
b ☐ konservativ.
c ☐ liberal.

7. Die Politik der SPD nennt man

a ☐ sozialistisch.
b ☐ sozialökonomisch.
c ☐ sozialdemokratisch.

8. Der Bundeskanzler der Bundesrepublik heißt

a ☐ Edmund Stoiber (CSU).
b ☐ Gerhard Schröder (SPD).
c ☐ _____
_____

11. Berichten Sie über Ihr Land.

Was für ein Staat ist Ihr Land? (Republik, Monarchie, Demokratie, ...)
Mit welchen anderen Staaten ist Ihr Land befreundet? Mit welchen Staaten hat es Probleme?
Wie heißt das Parlament? Wie oft wird es gewählt? Wie heißen die wichtigsten Parteien?
Was für Ziele haben sie? Gibt es Regionalparlamente? Wer ist der Regierungschef?
Wer wählt oder ernennt ihn? Wer ist der Staatschef?

Als es Deutschland zweimal gab

Konrad Adenauer, der spätere Bundeskanzler, unterschreibt am 23. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Am 10. Oktober 1949 nimmt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unter Otto Grotewohl ihre Tätigkeit auf.

1949, vier Jahre nach dem 2. Weltkrieg, gab es zwei deutsche Staaten: Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) im Osten und die Bundesrepublik Deutschland im Westen. Obwohl sie eigene Regierungen hatten, waren die beiden Staaten anfangs nicht völlig unabhängig. In der DDR bestimmte die Sowjetunion die Politik, die Bundesrepublik stand unter dem Einfluss von Großbritannien, Frankreich und den USA.

Im März 1952 schlug die Sowjetunion den USA, Großbritannien und Frankreich einen Friedensvertrag für Deutschland vor. Die DDR und die Bundesrepublik sollten zusammen wieder ein selbstständiger deutscher Staat werden, der neutral sein sollte. Aber die West-Alliierten waren gegen diesen Plan. Sie wollten, dass die Bundesrepublik zum Westen gehörte. Ein neutrales Deutschland wäre, so meinten sie, von der Sowjetunion abhängig. Auch die damalige konservativ-liberale Regierung (CDU/CSU/FDP) entschied sich für die Bindung an den Westen.

Nach 1952 wurden die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten immer größer. Die DDR und die Bundesrepublik bekamen 1956 wieder eigene Armeen. Die DDR wurde Mitglied im Warschauer Pakt, die Bundesrepublik Mitglied der NATO.

Während es in der DDR große wirtschaftliche Probleme gab, entwickelte sich die Wirtschaft in der Bundesrepublik sehr positiv. Tausende Deutsche aus der DDR flüchteten vor allem deshalb in die Bundesrepublik. Die DDR schloss schließlich ihre Grenze zur Bundesrepublik und kontrollierte sie mit Waffengewalt. Durch den Bau der Mauer in Berlin wurde 1961 die letzte Lücke geschlossen.

Während der Zeit des „Kalten Krieges" von 1952 bis 1969 gab es nur Wirtschaftskontakte zwischen den beiden deutschen Staaten. Im Juni 1953 kam es in Ostberlin und anderen Orten der DDR zu Streiks und Demonstrationen gegen die kommunistische Diktatur und die Wirtschaftspolitik. Sowjetische Panzer sorgten wieder für Ruhe.

12. Erstellen Sie eine Zeitleiste.

1949	Es gab zwei deutsche Staaten.	1953 ...	Seit 1969 ...
1952	Die Sowjetunion schlug ...	1956 ...	1972 ...
1952–1969	...	1961 ...	1989 ...

In der Bundesrepublik war die große Mehrheit der Bürger für die Politik ihrer Regierung. Ende der sechziger Jahre gab es jedoch starke Proteste und Studentendemonstrationen gegen die kapitalistische Wirtschaftspolitik und die enge Bindung an die USA.

Politische Gespräche wurden zwischen den beiden deutschen Staaten erst seit 1969 geführt. Das war der Beginn der so genannten „Ostpolitik" des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt und seiner sozialdemokratisch-liberalen Regierung. 1972 unterschrieben die DDR und die Bundesrepublik einen „Grundlagenvertrag". Die politischen und wirtschaftlichen Kontakte wurden seit diesem Vertrag besser. Immer mehr Bundesbürger konnten ihre Verwandten in der DDR besuchen; allerdings durften nur wenige DDR-Bürger in den Westen reisen.

Im Herbst 1989 öffnete Ungarn die Grenze zu Österreich. Damit wurde für viele Bürger der DDR die Flucht in die Bundesrepublik möglich. Tausende verließen ihr Land auf diesem Weg. Andere flüchteten in die Botschaften der Bundesrepublik in Warschau und Prag und blieben dort, bis sie die Erlaubnis zur Ausreise in die Bundesrepublik erhielten.

Bald kam es in Leipzig, Dresden und anderen Städten der DDR zu Massendemonstrationen. Zuerst ging es um freie Ausreise in die westlichen Länder, besonders in die Bundesrepublik, um freie Wahlen und freie Wirtschaft. Aber bald wurde der Ruf nach „Wiedervereinigung" immer lauter. Oppositionsgruppen entstanden; in wenigen Wochen verlor die SED, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, ihre Macht.

Am 3. Oktober 1990 war es soweit: Die DDR trat der Bundesrepublik Deutschland bei. „Ein Staat verabschiedet sich aus der Geschichte", sagte der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière (CDU). Am 2. Dezember 1990 fanden die ersten gesamtdeutschen Wahlen statt.

Am 3. Oktober 1990 treten die Länder der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei.

Der „Tag der Deutschen Einheit", der vorher an den 17. Juni 1953 erinnerte, wird seit 1990 am 3. Oktober gefeiert.

13. Schreiben Sie einen kleinen Text zur neueren politischen Geschichte Ihres Landes.

- Machen Sie zuerst eine Zeitleiste.
- Wählen Sie nur wenige wichtige Daten.
- Benutzen Sie Wörter wie „dann", „danach", „aber", „deshalb", „trotzdem" ...

› § 9, 28